

»Wir brauchen eine unabhängige, starke und kritische Kulturlandschaft«

Rheinland-Pfalz' neuer Kulturminister Sven Teuber im Gespräch

geschrieben von Sven Teuber & Theresa Brüheim



Nach den Landtagswahlen wurden in Rheinland-Pfalz die Ministerien neu geordnet. Das Ressort Kultur wird künftig gemeinsam mit Kommunen, Bauen und Wohnen verwaltet. Wie kann das zusammengedacht werden? Welche Herausforderungen gibt es dabei? Theresa Brüheim fragt beim neuen zuständigen Minister Sven Teuber nach.

Theresa Brüheim: Herr Minister Teuber, Sie haben im Mai das Kulturressort in Rheinland-Pfalz übernommen. Mit welchem kulturpolitischen Anspruch starten Sie in diese Legislaturperiode?

Sven Teuber: Kultur ist für mich ein wesentlicher Bestandteil menschlicher Entwicklung; sie macht den Unterschied, warum ein Mensch zum Mensch wird. Durch Kultur gestalten wir Gegenwart und Zukunft. Mein Anspruch ist deshalb, eine vielfältige Kulturlandschaft zu sichern, in der Kunst und Kultur unabhängig gelebt werden können.

Das rückt auch gesamtgesellschaftlich immer stärker in den Fokus, denn Kunst und Kultur werden gezielt von politischen Gruppierungen angegriffen. Daher möchte ich klar Stellung beziehen. Der Koalitionsvertrag gibt uns Rückenwind zu sagen: Kultur ist nicht verhandelbar. Wir brauchen Kultur in allen Teilen unseres Landes. Es darf keinen Unterschied machen, wo und wie jemand lebt, wenn es darum geht, Kultur zu erleben und zu gestalten.

In Rheinland-Pfalz ist Kultur stark kommunal und regional geprägt. Was ist aus Ihrer Sicht die besondere Stärke der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft?

Die Verbindung von Ehrenamt und Hauptamt sowie das Zusammenspiel von Land und Kommunen sind klare Stärken. Gemeinsam schaffen sie vielfältige Angebote.

Das sieht man etwa an den Bibliotheken. Das sind Orte der Begegnung und des Austauschs. Sie stärken Demokratie und haben einen hohen kulturellen und bildenden Anteil. Wir haben im ganzen Land Einrichtungen, die von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen gemeinsam getragen werden. Das sieht man auch bei Theatern, Musikschulen, Museen, soziokulturellen Einrichtungen und der freien Szene. Sie bilden verbindende Strukturen und strahlen auf die Regionen aus. Zudem ist auch die gemeinsam von Kommunen und Land finanzierte sowie geförderte Kulturlandschaft eine besondere Stärke in Rheinland-Pfalz.

Ihr Ministerium hat einen neuen Zuschnitt und verbindet jetzt Kommunen, Kultur, Bauen und Wohnen. Welche Herausforderungen und welche Chancen bringt das mit sich?

Ich sehe darin sehr viele Chancen. Der Zuschnitt zeigt, dass wir – im Sinne von Edgar Reitz – Heimat als Gefühl gestalten wollen. Dabei geht es immer auch um die Fragen: Wo und wie lebe ich? Wie kann ich teilhaben und mich engagieren? Wie bleibt Wohnen bezahlbar, und wie kann eine Kommune Daseinsvorsorge leisten?

Kultur trägt entscheidend dazu bei, Orte lebenswert zu gestalten. Menschen begegnen sich, bringen ihre Talente ein und treten miteinander in Austausch.

Herausfordernd ist die Verbindung von Welterbe und Denkmalschutz mit modernen Anforderungen an die Dorf- und Stadtentwicklung. Zugleich liegt darin eine große Chance, weil dadurch Diskussionen entstehen und der kulturelle Anteil in den Mittelpunkt rückt. Oft ist das Denkmal für die Menschen das Erhaltenswerte, um das herum Stadt oder Dorf weiterentwickelt werden.

Eine weitere Herausforderung ist die Finanzierung. Wir brauchen eine unabhängige, starke und kritische Kulturlandschaft – auch gegen den Widerstand einzelner politischer Gruppierungen. Deshalb müssen Finanzierung und Förderung so fortgesetzt werden, dass diese Unabhängigkeit möglich bleibt.

Eine Überschneidung der Ressorts gibt es auch bei den vielerorts großen Investitionsbedarfen in Kulturgebäude. Wie planen Sie, Kulturpolitik noch stärker mit Bau- und Infrastrukturpolitik zusammenzudenken?

Museen und viele andere Kultureinrichtungen befinden sich im Wandel. Ein Beispiel ist das Hambacher Schloss, die Wiege der Demokratie, eine Welterbestätte und Landesliegenschaft. Dort stellt sich die Frage, wie wir historische Errungenschaften, die vor 200 Jahren dort erbracht wurden, mit modernen und zeitgemäßen Zugängen vermitteln können. Das geht über Technisierung und Digitalisierung, aber auch über neue Raumkonzepte. Daraus entstehen Investitionsbedarfe, die wir erbringen wollen – gerade auch mit Blick auf das Jubiläum 2032.

Das betrifft die Kommunen als Bauträger und Eigentümer vieler Kulturimmobilien. Hier sehe ich eine große Chance im Sondervermögen des Bundes. Rheinland-Pfalz gibt einen großen Anteil der Mittel direkt an die Kommunen weiter und legt noch eigenes Geld darauf. Ich freue mich, wenn damit Investitionen in Bildungs- und Kulturgebäude ermöglicht werden, um moderne Zugänge und würdige Räume zu schaffen. Das gilt ebenso für Theatersanierungen, wie etwa in Trier.

Welche kulturpolitischen Schwerpunkte wollen Sie für die kommenden Jahre setzen?

Ein zentrales Vorhaben ist ein Kulturfördergesetz. Damit wollen Landesregierung und Parlament klar zum Ausdruck bringen, dass wir unverbrüchlich zur Stärke, zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer unabhängigen und kritischen Kulturlandschaft stehen.

Artikel 40 der Landesverfassung enthält bereits einen Hinweis auf die Bedeutung der Kultur. Dieser wird heute jedoch von vielen als zu unspezifisch wahrgenommen. Mit dem Kulturfördergesetz wollen wir ihn noch deutlicher unterstreichen.

Hierzu können wir an die Kulturentwicklungsplanung anknüpfen. Dabei geht es auch darum, bürokratische Hürden weiter abzubauen. Gerade kleinere, ehrenamtlich arbeitende Vereine brauchen Erleichterungen, damit sie schneller staatliche oder nichtstaatliche Fördermittel erhalten können. Das muss gemeinsam mit der Kulturlandschaft, den Kommunen und der Zivilgesellschaft geschehen. Dort erlebe ich bereits sehr viel Unterstützung und Aktivität.

Inwieweit blicken Sie für das geplante Kulturfördergesetz nach Sachsen-Anhalt? Dort wurde kürzlich ein Kulturfördergesetz verabschiedet, das die Unterstützung von Kunst und Kultur als Staatsziel erstmals in Form eines Gesetzes verankert hat.

Es ist wichtig, dass die Länder in dieser Frage zusammenstehen. Einzelne politische Gruppierungen stellen existenzielle Fragen an Kultur- und Bildungspolitik und versuchen damit, einen Kulturkampf vom Zaun zu brechen.

Sie wollen keine kritischen Künstlerinnen und Künstler. Stattdessen sollen Menschen verunsichert und eine vielfältige Kulturlandschaft zur Eintönigkeit geführt werden.

Dazu sage ich ganz klar: Nein. Ich bin sicher, dass es in der Kultur eine breite Einigkeit darüber gibt. Gemeinsam arbeiten wir daran, dass dies so erhalten bleibt. Man erkennt den Wert der Vielfalt häufig erst, wenn sie verloren gegangen ist. Dann ist sie nur schwer zurückzuholen.

Viele Kulturorte stehen derzeit massiv unter Druck: durch steigende Kosten, Sanierungsbedarfe, Fachkräftemangel und ein sich veränderndes Publikum. Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf – und wie gehen sie das an?

Wir haben erhebliche Kostensteigerungen, vor allem durch die Tarifentwicklung. Das verstärkt das

Ungleichgewicht zwischen großen Institutionen und der freien Szene. Hinzu kommen Herausforderungen der Digitalisierung.

Der Kulturhaushalt des Landes wächst kontinuierlich. Ein großer Teil dieses Aufwuchses fließt allerdings in Tarifsteigerungen, was auch richtig ist.

Gleichzeitig ist das ein großer Spagat. Wir müssen weiteren Aufwuchs ermöglichen, auch um in manchen Kultursparten Honoraruntergrenzen einzuführen, damit keine Ausbeutung gefördert wird. Kunst darf keine brotlose Kunst sein. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Dazu brauchen wir eine Honorarmatrix, die gemeinsam mit den Verbänden diskutiert wird und die Besonderheiten der jeweiligen Sparten berücksichtigt.

In Rheinland-Pfalz engagieren sich rund 40 Prozent der Menschen ehrenamtlich. Auch sie wollen wir unterstützen, z.B. durch eine vereinfachte Kleinprojektförderung. Mit dem Programm „Zukunft durch Kultur“ stärken wir Hauptamtlichkeit, um Ehrenamt zu ermöglichen. Landesweit gibt es inzwischen 13 Stellen, davon sind allein in den vergangenen zwei Jahren sechs neu hinzugekommen. Sie helfen etwa bei Förderanträgen, Datenschutzfragen und organisatorischen Aufgaben.

Wo sehen Sie die Kultur in Rheinland-Pfalz zum Ende der Legislaturperiode, wenn diese erfolgreich war?

Ich würde mich freuen, wenn das Kulturfördergesetz verabschiedet ist und wir damit klar zeigen: In Rheinland-Pfalz steht die Landespolitik an der Spitze einer Bewegung für eine unabhängige Kulturlandschaft.

Wir wollen spartenorientierte Honoraruntergrenzen eingeführt und ausgebaut haben, um Wertschätzung auch monetär abzusichern und Lebensmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler zu erhalten.

Außerdem wollen wir ein Netz sogenannter Dritter Orte in der Fläche aufgebaut haben. Sodass kulturelle Teilhabe unabhängig vom Wohnort möglich ist.

Kultur soll in ihrer ganzen Breite in der Mitte der Gesellschaft angekommen sein – dazu gehören auch Kinos und Bibliotheken. Die Menschen sollen erkennen, wie wichtig eine unabhängige Kulturlandschaft für jede und jeden ist.

Die Innenministerkonferenz beschäftigt sich mit den Risiken, die eine mögliche Regierungsübernahme der AfD in Sachsen-Anhalt für die bundesweite Sicherheitsarchitektur hätte. Inwieweit ist das auch ein Thema in der Kulturministerkonferenz, deren Mitglied Sie neu sind?

Ich kenne diese Debatte bereits aus der Kultusministerkonferenz (KMK); in der letzten Legislatur habe ich dieser als Bildungsminister angehört. Weltweit und auch in Europa sehen wir, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kulturschaffende in andere Staaten gehen müssen, weil sie für freie Gedanken, kritische Perspektiven und Diskurs stehen – und dem in ihrem Heimatland nicht mehr in Sicherheit nachgehen können. Diesen Menschen können wir nur dankbar sein. Wie wollen wir als Gesellschaft Fortschritt entwickeln, wenn wir nicht kritisch auf die Entwicklungen der jeweiligen Zeit schauen und aus der Geschichte lernen.

Entwicklungen können sich auch wieder verändern, wie wir etwa in Ungarn sehen. Nichts ist in Stein gemeißelt: weder das, was wir jetzt haben, noch das, was manche befürchten.

Wir brauchen deshalb einen Schulterschluss. Zugleich sollten wir uns nicht nur auf die Abwehr von Risiken konzentrieren, sondern auf die Frage: Wie erhalten und entwickeln wir Heimat durch Vielfalt? Und wie machen wir diese Stärke sichtbar?

Wenn wir keine Honoraruntergrenzen einführen und keine Kulturfördergesetze verabschieden, erleichtern wir es denjenigen, Angst zu schüren, Menschen in der Kultur ihre Perspektiven zu nehmen und sie mundtot zu machen. Wir müssen die Risiken abwenden, die Kulturschaffende in ihrem Alltag spüren, wenn sie sich für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft einsetzen.

Rheinland-Pfalz hat derzeit auch den Vorsitz der Kulturministerkonferenz inne. Ihre Vorgängerin Katharina Binz hatte zu Beginn der Amtszeit die kulturelle Teilhabe junger Menschen als Schwerpunkt gesetzt. Wollen Sie daran anknüpfen oder einen anderen Fokus setzen?

Das ist ein sehr gut gesetzter Schwerpunkt, für den ich meiner Vorgängerin dankbar bin. Daran lässt sich anknüpfen. Zugehörigkeit zur Demokratie und zur Gesellschaft entsteht bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufig durch kulturelle Erfahrungen und durch das Engagement in Vereinen – etwa in der Amateurmusik, im Laienschauspiel, aber auch in der Streetart oder der Graffitikultur. Das alles sind Kulturbewegungen. Sie vereinen junge Menschen und haben starke demokratische und partizipative Ansätze. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass solche Erfahrungen das Zugehörigkeitsgefühl und die Vielfalt der Perspektiven stärken. Deshalb wollen wir die kulturelle Teilhabe junger Menschen weiter fördern, unter anderem mit dem Programm „Jedem Kind seine Kunst“, das bislang mehr als 4.000 Projekte in Schulen, Kitas und Jugendzentren in Rheinland-Pfalz ermöglicht hat.

Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das Land soll hier mit gutem Beispiel vorangehen – gerade auch für diejenigen, die jetzt z.B. in den Ferien zu Hause bleiben. Daher planen wir eine besondere Aktion für die Sommerferien. Alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren erhalten in den Ferien freien Eintritt in die frei zugänglichen Landesmuseen und Liegenschaften des Landes Rheinland-Pfalz. Damit erproben wir in Deutschland ein Modell, das sich in anderen Ländern bereits bewährt hat, und stärken die kulturelle Teilhabe junger Menschen.

Ein weiteres Thema, an das sich jetzt passend zur Fußballweltmeisterschaft anknüpfen lässt, ist die Frage junger Männlichkeit. Rechte und Rechtsextreme stellen immer wieder ein falsch verstandenes Bild von Männlichkeit in den Mittelpunkt. Diese Narrative sind misogyn, antifeministisch und sollen junge Menschen spalten. Wir dürfen diese Fragen nicht Rechtsextremen auf TikTok überlassen. Wir brauchen eigene kulturelle Angebote, die insbesondere Jungen in ihrer Orientierung unterstützen und verhindern, dass sie antidemokratische, antifeministische und gegen demokratische Vielfalt gerichtete Haltungen übernehmen.

Vielen Dank.

Dieser Text ist in gekürzter Form zuerst erschienen in [Politik & Kultur 7-8/2026](#)